

II. Spielmaterialien



Szenario: Der Konflikt um das Palmölprojekt *Green Growth*

Vertreter*innen der Regierung von Carasido treffen heute in Maloom, der Hauptstadt des Landes, mit Vertreter*innen nationaler und internationaler NGOs sowie der betroffenen Zivilbevölkerung aus der Region Kandroi zusammen.

Es geht um das umstrittene Landwirtschaftsprojekt *Green Growth*. Der multinationale Konzern *M.I.G. Rich* (Hauptsitz in Westvegonien) plant in der Region Kandroi im Südwesten Carasidos auf einer Fläche von 30.000 Hektar (ha) den Anbau von Ölpalmen. Aus den Früchten der Pflanze wird Palmöl gewonnen, welches in der Lebensmittelindustrie (68%), in anderen Sektoren wie Reinigungsmittel, Kosmetika, Kerzen (27%) und in der Herstellung von Agrarkraftstoffen (5%) Verwendung findet. *M.I.G. Rich* handelte mit der *Carasido Investment Agency* (CIA), die als Behörde die Interessen der Regierung vertritt und für Landinvestitionen zuständig ist, bereits einen Pachtvertrag über einen Zeitraum von 99 Jahren aus.

In den Medien bezeichnete ein*e Regierungssprecher*in den Start des Projekts als „Meilenstein für die Entwicklung des Landes“. *Green Growth* bedeute die „Entstehung neuer Arbeitsplätze, die Reduzierung der Armut, den Ausbau der Infrastruktur, die Modernisierung der Landwirtschaft sowie Fortschritt und Wohlstand für alle“, so der*die Sprecher*in.

Insgesamt sind 15.000 Menschen von *Green Growth* direkt betroffen. Viele der Familien in der Region leben von kleinbäuerlicher Landwirtschaft und Viehzucht. Die betroffene Bevölkerung bangt um ihre Lebensgrundlagen. Zudem droht den Dörfern Senderi und Kotami die Umsiedlung. Aus diesem Grund haben sich Teile der betroffenen Gemeinden mit Unterstützung der nationalen NGO *Autonomy for Peasant Farming* (APF) zusammengeschlossen und vor dem Interkontinentalen Gerichtshof (IKG) Klage gegen die Regierung Carasidos eingereicht.

Die Projektgegner*innen werfen der Regierung vor, die betroffenen Kleinbauern und -bäuerinnen auf illegitime Weise ihres gewohnheitsrechtlichen Nutzungsanspruchs beraubt zu haben. Zudem hätten die Verhandlungen im Vorfeld des Projekts ohne die Konsultation der betroffenen Landnutzer*innen stattgefunden. Formale Eigentumstitel besitzen die meisten von ihnen nicht.

Das Landgesetz von Carasido erkennt gewohnheitsrechtliche Landnutzungen (*customary law*) an. Landnutzer*innen, die nachweisen können, dass sie oder Mitglieder ihrer Familie seit mindestens 30 Jahren eine Fläche bewirtschaften, verfügen auf der gewohnheitsrechtlichen Grundlage über Nutzungsrechte, die jedoch nicht beurkundet sind.

Gemäß Art. 18 des Landgesetzes kann der*die Regierungspräsident*in, wenn es dem öffentlichen Interesse dient, Landflächen umwidmen und die Gewohnheitsrechte von Landnutzer*innen aufheben. Die Regierung ist in einem solchen Fall jedoch gesetzlich verpflichtet, die betroffenen Landnutzer*innen vor der Umwidmung zu konsultieren, sie an den Aushandlungsprozessen zu beteiligen und Kompensationsflächen an einem anderen Ort zur Verfügung zu stellen.

Hierauf beruft sich die Regierung im Fall des Projekts *Green Growth*. Sie verweist darauf, dass die fraglichen Flächen bisher ungenutzt seien und das geplante Projekt zur Entwicklung des Landes beitrage. Darüber hinaus erklärte die Regierung, dass ihr Vorgehen rechtmäßig sei, da sie die Zustimmung der betroffenen Gemeinden und Gruppen im Vorfeld eingeholt habe. Gerüchte deuten darauf hin, dass einige Kleinbauern und -bäuerinnen in *Green Growth* tatsächlich eine Möglichkeit zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen durch die Schaffung von Arbeitsplätzen sehen.

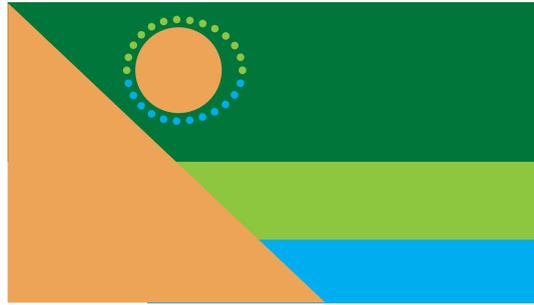
Aufgrund der unklaren Lage, inwiefern die Bevölkerung der Gemeinden Kandrois an den Aushandlungsprozessen beteiligt waren, hat der IKG die bereits zuvor vergebenen Pachtlizenzen als rechtswidrig erklärt und wieder aufgehoben.

Heute finden sich alle Akteure am Runden Tisch zusammen, um den Konflikt zu lösen. Die bei der heutigen Verhandlung *Access to Land and Human Rights in Industrial Agriculture* beschlossene Einigung ist im Anschluss als rechtskräftig und somit für alle Beteiligten als bindend zu betrachten. Als Mediator*innen werden H. Geronto und M. Kristiana, zwei von allen Bewohner*innen Carasidos anerkannte Persönlichkeiten, die Verhandlung leiten. Unter ihrer Leitung sollen die Beteiligten eine Einigung zu folgenden Fragen erzielen:

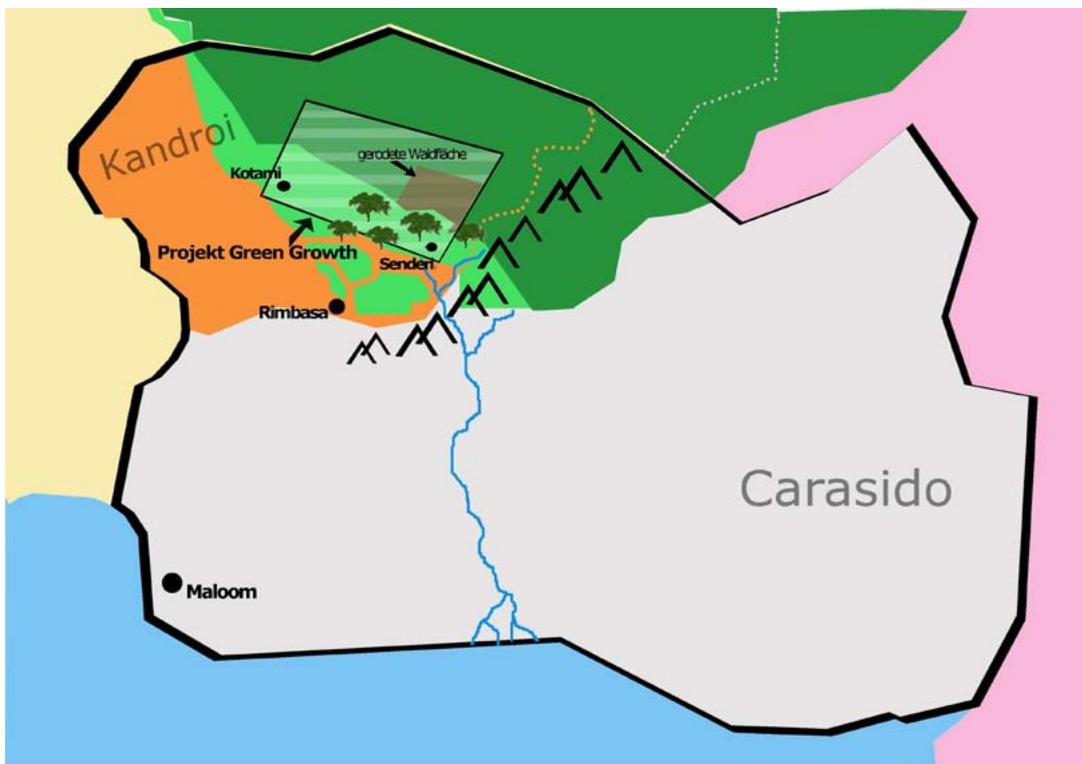
- **Soll das Projekt realisiert werden oder nicht?**
- **Falls ja, unter welchen Bedingungen?**

Internationale Pressevertreter*innen begleiten die Verhandlung und berichten in sozialen und konventionellen Medien (Twitter, TV-Nachrichten) darüber.

Carasido



Ländername:	Republik Carasido	i
Amtssprache:	Carasaisch	
Hauptstadt:	Maloom, rund 987.654 Einwohner*innen (2015; Quelle: Nationales Statistikinstitut)	
Landesfläche:	1.543.829 Quadratkilometer	
Währung:	Zoli (Zl); 1 US\$ = 21,026 Zl	
Staatsform:	Präsidentiale Republik	



Carasido